

Antrag der Fraktion der FDP**Rahmenbedingungen für multiprofessionelle Teams in Bremen und Bremerhaven schaffen**

Die Situation an den allgemeinbildenden Schulen in Bremen und Bremerhaven ist besorgniserregend. Der Personalmangel, bedingt durch fehlende Lehrkräfte, prägt den Schulalltag. Angesichts steigender Zahlen an Schülerinnen und Schülern und bevorstehender Schulentwicklungsprozesse wird sich der Personal- und Handlungsbedarf in den Schulen in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Es ist entscheidend, nicht nur den Schulbetrieb abzusichern, sondern endlich Maßnahmen zu ergreifen, um den rückläufigen Bildungsergebnissen und der zunehmenden Bildungsungleichheit entgegenzuwirken.

Eine Lösung, um den wachsenden Herausforderungen im Bildungssystem zu begegnen können multiprofessionelle Teams sein. Diese Teams können ein wichtiger Baustein sein, um dem veränderten Aufgabenfeld im Schulalltag angemessen zu begegnen. Um den Herausforderungen begegnen und die Planungsziele erreichen zu können, benötigen Schulleitungen eine gewisse Handlungsautonomie und eigene Budgets im Rahmen ihrer individuellen Schulstandortplanungen.

Die derzeitige Finanzierung im Land Bremen erfüllt die Bedürfnisse einer modernen, sozial gerechten Bildung und Schulstandortplanung nicht angemessen. Lehrkräfte werden vom Land finanziert und die Kosten an die Stadtgemeinden erstattet. Bleiben Stellen unbesetzt, können die Mittel nicht effizient für Ersatzpersonal genutzt werden und fließen zurück in den Haushalt. Dadurch steht das Budget, das die Bremische Bürgerschaft für den Bildungsbereich zur Verfügung stellt, nicht in vollem Umfang für diesen Bereich zur Verfügung, obwohl dringend benötigtes Personal für offene Stellen fehlt.

Um Lehrkräfte zu entlasten und eine angemessene Unterrichtsqualität sicherzustellen, ist es dringend erforderlich, diese finanziellen Mittel für unterstützendes Schulpersonal bereitzustellen. Eine Neuausrichtung der Denkweise auf multiprofessionelle Teams in Schulen ist hierbei wichtig. Dazu bedarf es auch einer Anpassung in der Finanzierungssystematik.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die derzeitigen rechtlichen Regelungen zur Personalfinanzierung an Schulen im Rahmen der Haushaltsberatungen zu überarbeiten mit dem Ziel, Personalmittel für Lehrkräfte, die wegen unbesetzter Stellen nicht abgerufen werden, mit Zustimmung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses dazu zu nutzen, Personen anderer Professionen an den jeweiligen Schulstandort zu binden und damit ein modernes und den sozialen Lagen angepasstes Bildungsangebot zu realisieren;
2. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss regelmäßig über die Fortschritte in der Umsetzung zu berichten.

Prof. Dr. Hauke Hiltz, Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP